

Antrag

der Abgeordneten Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, Katja Kipping, Dr. Petra Sitte, Azize Tank, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Birgit Wöllert, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Gesetzliche Rente stabilisieren – Gute Rente für alle sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der designierte Spitzenkandidat der SPD für die diesjährige Bundestagswahl sagte zum Rententhema: „Es gibt keine sozial gerechtere Form der Absicherung für das Alter als die gesetzliche Rentenversicherung. Deswegen wollen wir zuallererst die erste Säule der Altersvorsorge stärken. [...] Wir brauchen auch eine Mindestabsicherung im Alter. Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, soll am Ende des Erwerbslebens nicht auf Grundsicherung angewiesen sein.“ (Martin Schulz, Rede bei der Arbeitnehmerkonferenz der SPD am 20. Februar 2017, www.spd.de/aktuelles/detail/news/arbeit-in-deutschland/20/02/2017/, abgerufen am 1.3.2017).

Wer das fordert, muss den Prozess der vergangenen Jahre umkehren und die gesetzliche Rente wieder stärken. Gegenüber dem Jahr 2000 ist das Rentenniveau der gesetzlichen Rente von 53 Prozent auf 48,2 Prozent im Jahr 2017 gesunken. Bis zum Jahr 2030 wird es auf 44,5 Prozent gesunken sein (Rentenversicherungsbericht 2016 der Bundesregierung, S. 39). Eine monatliche Bruttostandardrente (45 Jahre Beitragsjahre zum jeweiligen Durchschnittsentgelt) wird zwischen den Jahren 2000 und 2030 um 350 Euro an Wert verlieren.

Die private und betriebliche Vorsorge konnte diesen Trend nicht ausgleichen. Besonders unter Geringverdienenden ist die zusätzliche private oder betriebliche Altersvorsorge kaum verbreitet: Knapp 47 Prozent der Geringverdienenden mit einem monatlichen Bruttoeinkommen unter 1.500 Euro haben weder private Vorsorge noch zusätzliche betriebliche Altersvorsorge. Gut zwei Drittel davon sind Frauen (Alterssicherungsbericht 2016, S. 9). Damit erhöhen sich das Risiko der Altersarmut dieser Gruppe und die Wahrscheinlichkeit, auf die Grundsicherung im Alter angewiesen zu sein.

Damit zeigt sich, dass die Sicherung des Rentenniveaus durch eine Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge – auch als sogenanntes Drei-Säulen-Modell bezeichnet – nicht funktioniert. Dieser grundlegende Fehler der Rentenreformen von vor rund 15 Jahren wird von der Großen Koalition nicht korrigiert. Das zeigt die Stoßrichtung des vorliegenden Entwurfs von Union und SPD zum Betriebsrentenstärkungsgesetz. Dieser ändert nichts daran, dass es die geringen finanziellen Möglichkeiten vieler Menschen nicht zulassen, ihre Versorgungslücke selbst zu schließen.

Die Umsetzung der Forderung von SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz, „zuerst die erste Säule der Altersvorsorge (zu) stärken“, erfordert die Vorlage eines anderen Gesetzentwurfs.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen der

1. die gesetzliche Rentenversicherung als zentralen Träger der Altersversorgung stärkt und dazu das Rentenniveau als Sicherungsziel wieder in den Mittelpunkt rückt, um die Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente sicherzustellen,
2. die Altersbezüge von Personen mit geringem Einkommen aufwertet und
3. eine durch die Rentenversicherungsträger auszahlende einkommens- und vermögensgeprüfte „Solidarische Mindestrente“ deutlich oberhalb der Grundsicherung enthält, um Schutz vor Armut im Alter zu gewährleisten.

Berlin, den 7. März 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion